



Friedrich Haag

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion

Friedrich Haag MdL · Konrad-Adenauer-Str. 3 · 70173 Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG

Land nennt erstmals Höhe des LEA-Privilegs für Stuttgart

Haag: „Stuttgart für LEA maximal ungeeignet“

Seite 1/1

Stuttgart, 27. August 2024

Friedrich Haag MdL
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion
Wohnungsbaupolitischer Sprecher
der FDP/DVP-Fraktion
Mitglied im Verkehrsausschuss

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp-fraktion.de
www.friedrich-haag.de

facebook.com/haagfdp
instagram.com/haagfdp

Landtagsbüro
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 3
Besuchereingang:
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart
T: 0711 2063 9240

Wahlkreisbüro
Weißenburgstr. 29
70180 Stuttgart
T: 0711 9459 1111

In den Landeserstaufnahmestellen in Baden-Württemberg sind derzeit 42 Prozent der Maximalkapazität belegt. Die Landesregierung prüft derzeit vertieft zwei Standorte für eine mögliche Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Stuttgart. Dagegen wurde bereits Widerstand aus der Lokalpolitik und der Anwohnerschaft laut. Auch Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper betrachtet die Prüfung der Standorte in den Stadtbezirken Weilimdorf und Obertürkheim „mit Sorge und Skepsis“.

In ihrer Antwort auf eine Anfrage des Stuttgarter FDP-Landtagsabgeordneten Friedrich Haag lässt das Ministerium für Justiz und Migration nun verlauten, im Zweifelsfall eine LEA in Stuttgart auch gegen den Willen der Stadt und entgegen aller Bedenken durchsetzen. Dabei scheue man nicht vor rechtlichen Instrumenten zurück.

„Sollte die Landesregierung ihre Ankündigung wahr machen und im Zweifelsfall über den Willen der Stadt entscheiden, wird aus Kretschmanns gepredigter 'Politik des Gehörtwerdens' ganz schnell die 'Politik mit der Brechstange'. Ich hoffe, die Landesregierung erinnert sich bei ihrer finalen Entscheidungsfindung noch an ihre Worte, dass sie das Einvernehmen der Stadt anstrebt, und sieht bei Widerstand der Landeshauptstadt von ihren LEA-Plänen ab“, so Haag.

Derzeit hat die Landeshauptstadt ein Aufnahmedefizit von 1000 Flüchtlingen zu begleichen. Würde eine LEA in Stuttgart tatsächlich errichtet, sollen die regulären Zuteilungen in den Kreis jedes Jahr grundsätzlich um ein Fünftel der beabsichtigten regelmäßigen Belegungsanzahl der Erstaufnahmeeinrichtung reduziert werden. Das bedeutet, Stuttgart müsste bei der Realisierung beider Standorte pro Jahr 380 Flüchtlinge weniger aufnehmen.

„Dafür zwei LEAs mit insgesamt 1900 Flüchtlingen in Kauf zu nehmen, wäre absolut unverhältnismäßig. Die Landeshauptstadt kommt ohnehin schon kaum hinterher, das Aufnahmedefizit zu begleichen, weil geeignete Flächen fehlen“, so Haag.

Die beiden möglichen LEA-Standorte befinden sich mitten im Ballungsgebiet. Der FDP-Politiker befürchtet die Überforderung der beiden Stadtbezirke.

„Die Proteste vor Ort sollte die Landesregierung ernst nehmen, denn Stuttgart ist für eine LEA maximal ungeeignet. Das Beispiel Obertürkheim mit zu erwartendem Flüchtlingsanteil von über 9 Prozent zeigt, dass eine LEA eine massive Überlastung der Infrastruktur und Bürger vor Ort nach sich ziehen würde“, so Haag weiter.

Auch in Bezug auf die Sicherheitslage in Stuttgart sieht der Abgeordnete ein Risiko: „Die Kriminalitätsstatistik zeigt, dass die Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum in Stuttgart durch Asylbewerber und Flüchtlinge über 17 Prozent angestiegen sind. Dass sich in Stuttgart die ohnehin angespannte Sicherheitslage an gewissen Plätzen noch weiter verschärft, wäre alles andere als akzeptabel.“

Kontakt:
Friedrich Haag MdL
T. 0711/ 2063 9240